

Tandemokratie im heutigen Russland: Zustand und Perspektiven

Rjabov, Andrej

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rjabov, A. (2008). Tandemokratie im heutigen Russland: Zustand und Perspektiven. *Russland-Analysen*, 172, 2-7.
<https://doi.org/10.31205/RA.172.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Von der Redaktion

Fünf Jahre Russland-Analysen

Vor gut fünf Jahren – am 17. Oktober 2003 – erschien die erste Ausgabe der Russland-Analysen. Die Herausgeber wollten damit die Informationslücke, die nach der Auflösung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln entstanden war, wenigstens behelfsmäßig schließen. Mit Hilfe der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) haben wir uns in den letzten Jahren bemüht, regelmäßig über politische, wirtschaftliche und soziale Prozesse in Russland zu berichten. Das wurde durch die großzügige Unterstützung der Otto Wolff-Stiftung ermöglicht.

Inzwischen sind ähnliche Informationsdienste für die Ukraine, für Polen und für Zentralasien entstanden. In den nächsten Wochen wird erstmalig der »Caucasus Analytical Digest« erscheinen und damit das englische Pendant der Russland-Analysen, den »Russian Analytical Digest« ergänzen.

Das Interesse an den Länderanalysen ist hoch und zeigt auch den gewachsenen Informationsbedarf von Politik und Öffentlichkeit. Gegenwärtig gibt es aber in Deutschland keine Institution mehr, die die sozialen, politischen und ökonomischen Prozesse in Russland und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten mit ausreichender Intensität untersucht. Es fehlen Regionalforschungszentren, die politiknah arbeiten, zugleich wissenschaftlich forschen und Nachwuchs ausbilden. Wir hoffen sehr, dass es gelingt, dieses Defizit in der nächsten Zukunft zu beseitigen.

Mit dieser Nummer möchten wir aber all denjenigen danken, die die Russland-Analysen in den letzten fünf Jahren möglich gemacht haben: vor allem der Otto Wolff-Stiftung, der DGO und Heike Dörrenbächer, ihrer langjährigen Geschäftsführerin. Ohne die zahlreichen in- und ausländischen Kollegen, die uns ihren Rat zur Verfügung gestellt und die für uns geschrieben haben, wäre es nicht möglich gewesen, die Russland-Analysen über fünf Jahre am Leben zu halten.

Drei Autoren – einen Amerikaner, einen Russen, einen Deutschen – haben wir gebeten, für diese Ausgabe ihre Sicht der politischen Situation in Russland darzulegen. Wir hoffen, dass Sie diese Analysen, die aus verschiedenen Blickwinkeln geschrieben sind, interessant finden.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Analyse

Tandemokratie im heutigen Russland: Zustand und Perspektiven

Andrej Rjabov, Moskau

Das Kern des Problems

Es ist bereits fast ein halbes Jahr vergangen, seitdem in Russland eine neue Machtkonfiguration besteht, bei der es faktisch zwei gleichberechtigte Entscheidungszentren gibt – den Präsidenten Dmitrij Medwedjew und den Premier Wladimir Putin gibt. Dieses System wird in der Literatur unterschiedlich genannt: »Diarchie«, »Dualismus«, »Duumvirat«, »Duozen-trismus«. In letzter Zeit wird der Begriff »Tandemokratie« immer häufiger benutzt. Dafür gibt es zwei Gründe.

Zum einen ergab es sich so, dass die Verwendung der Begriffe »Diarchie«, »Dualismus« und »Duozen-trismus« *a priori* eine, wenn auch begrenzte, Konkurrenz zwischen den Machtspitzen unterstellt. Der

Begriff »Duumvirat«, der der antiken Geschichte entlehnt wurde, wird als etwas verstanden, was durch Konkurrenzverhältnisse entstanden ist und deshalb instabil ist. In diesem Sinne bedeutet der Terminus »Tandemokratie« deren Gegenteil, weil er die Zusammenarbeit von zwei Machtzentren betont. Aus der heutigen Sicht entspricht dieser Begriff eher der Realität, weil das neue System der Entscheidungsfindung zumindest auf der Ebene der öffentlichen Politik ein größeres Bestreben nach Zusammenarbeit der beiden Machtzentren demonstriert. Besonders deutlich ist das in der Außenpolitik zu sehen. Auch wenn einzelne Spezialisten gewisse Unterschiede in den Ansichten Medwedjews und Putins entdecken, sind ihre Aktionen in der politischen Praxis gut koordiniert, so dass

kein Unterschied in der Herangehensweise des Präsidenten und Premiers im Bereich der internationalen Beziehungen zu spüren ist. In der Innenpolitik sind Fälle, in denen Medwedjew und Putin in der Öffentlichkeit verschiedene Standpunkte vertreten, ziemlich selten. Daher fällt es den Analytikern schwer, sie auffindig zu machen.

Zum anderen werden die ersten vier Begriffe in der russischen Literatur traditionell eher für die Beschreibung von Systemen benutzt, in denen die Existenz zweier Machtzentren auf entsprechenden Verfassungs- und Rechtsnormen basiert. Aber die bestehende Machtkonfiguration beruht nur auf persönlichen Vereinbarungen zwischen dem Präsidenten und Premier. Für den Übergang der Machtspitze vom präsidentialen Monozentrismus zum Tandem Medwedjew-Putin waren Änderungen weder der Verfassung des Landes noch der Verfassungsgesetze wie z. B. »Des Gesetzes über die Regierung Russlands« notwendig. Ausgehend von diesen Überlegungen, zieht der Autor in diesem Text vor, für die Bezeichnung der neuen Machtkonfiguration in Russland den Terminus »Tandemdemokratie« zu benutzen.

Wichtige Fragen, die sich Politiker und Experten im Zusammenhang mit der Entstehung dieses politischen Konstrukts stellen, lassen sich in der Regel darauf reduzieren, wer in diesem Bündnis die wichtigere Position hat und wie stabil und langlebig es an sich und angesichts möglicher politischer Herausforderungen ist. Der Analyse dieser Fragen gilt das Hauptaugenmerk des Autors.

Die Entstehungsgeschichte des Konstrukts als Schlüssel zum Verständnis seiner Natur

Die Ursachen der Entstehung dieser Machtstruktur, die auf keine Weise in der logischen Entwicklung der modernen russischen Staatlichkeit begründet liegt, können aus dem Charakter der Machtübergabe vom Präsident Putin an Medwedjew im Frühjahr 2008 heraus erklärt werden.

Am Anfang sollte jedoch die prinzipielle These formuliert werden, dass es Russland, wie in den meisten postsowjetischen Ländern, im postkommunistischen Transformationsprozess nicht gelungen ist, feste Regeln der Machtübergabe zu etablieren. Aber nicht nur das. Die Schwäche und Instabilität politischer Institutionen wurden zu einem charakteristischen Merkmal der postkommunistischen Entwicklung Russlands. In diesem Sinne kann man davon sprechen, dass eine der wichtigsten Transformationsaufgaben nicht erfüllt wurde. Formal findet die

Machtübergabe in Russland aufgrund allgemeiner Präsidentschaftswahlen auf Wettbewerbsbasis statt. Es ist jedoch kein Geheimnis, dass der Name des neuen Staatsoberhauptes bereits vor dem Wahltag feststeht. Er wird vom abtretenden Präsidenten entweder aufgrund seiner eigenen Einschätzung der Lage im Land und an der Machtspitze oder nach informellen Beratungen mit den mächtigsten Personen und Gruppen in seinem Umfeld bestimmt. Mit anderen Worten ist die Machtübergabe jedes Mal durch zahlreiche Faktoren bedingt, von denen die meisten sich rasch verändern und deshalb schwer vorherzusagen sind.

Die Machtübergabe im Frühjahr 2008 wurde durch die Widersprüchlichkeit der Situation vor den Wahlen erschwert. Einerseits war Präsident Putin, der sein Amt laut Verfassung nach der zweiten Amtsperiode verlassen musste, sehr populär, sowohl unter den Eliten als auch in der breiten Masse. Andererseits gab es unter den anderen Figuren in der Machtelite keinen, der ihm in seinem Gewicht und Einfluss gleichgekommen und gleichzeitig eine Konsensfigur für die meisten Interessengruppen, die der Putinschen Elite angehören, gewesen wäre. Das schuf die Ungewissheit in den Regierungskreisen Russlands und rief Befürchtungen einer Machtdestabilisierung nach Putins Abtritt hervor. Um die Stabilität der Machtspitze zu sichern, schlugen einige mächtige Mitglieder der Mannschaft um Putin ihm vor, nach den entsprechenden Verfassungsänderungen für eine dritte Amtszeit an der Macht zu bleiben. Aber Putin lehnte diese Angebote ab. Es ist schwer zu sagen, was für Gründe den Präsidenten zu dieser Entscheidung bewogen haben. Vielleicht suchte er zu dem Zeitpunkt, Schwierigkeiten mit dem Westen zu vermeiden oder spürte eine gewisse Müdigkeit von der Macht und wollte sich eine Auszeit gönnen, um mit der Zeit zu entscheiden, ob es sich noch lohnt, die politische Karriere fortzusetzen.

Die Entscheidung Putins, den Präsidentenposten zu verlassen, stellte die Machtelite vor die Notwendigkeit, nach einer Machtkonfiguration zu suchen, die der regierenden Mannschaft die Erhaltung der dominierenden Posten in der Politik hätte sichern und sie von der inneren Spaltung bewahren können. Diese Formel setzte selbstverständlich voraus, dass Putin in der großen Politik bleiben würde. Die Aufgabe bestand daher darin, seinen Platz und Status in diesem politischen System zu bestimmen. Um sie zu lösen, schlug man Putin vor, als »nationaler Führer« zu bleiben, ohne dabei ein Staatsamt zu bekleiden. Man riet ihm, sich an die Spitze der Regierungspar-

tei »Einiges Russland« zu stellen und in dieser Position den Präsidenten und die Regierung nach dem sowjetischen Muster auf der Parteiebene zu überwachen. Es wurden auch andere Varianten benannt – vom Sprecher des Oberhauses bis zum Vorsitzenden des Verfassungsgerichts des Landes. Letztendlich lehnte Putin sie ab, denn er begriff, dass nur ein hohes Amt in der Exekutive ihm im heutigen Russland den politischen Einfluss sichern kann. Gerade aus diesem Grund wählte Putin den Premierposten. Diese Position ist in der russischen Machthierarchie jedoch dem Präsidenten unterstellt und deshalb angreifbar. Es genügt, sich daran zu erinnern, wie Jelzin, wie auch Putin selbst, mehrfach die Ministerpräsidenten ohne jegliche öffentliche Rechtfertigung vor dem Land absetzten. Um einen gewissen Ausgleich zum politischen Einfluss des Präsidenten zu schaffen, beschloss Putin, offiziell die Führung von »Einiges Russland« zu übernehmen, ohne ihr im Übrigen beizutreten. Allem Anschein nach glaubte er, dass die offizielle Unterstützung der parlamentarischen Mehrheit im Falle der Verschärfung der Beziehungen mit dem Präsidenten einen zusätzlichen Schutz für das Kabinett und den Premier vor einer unerwarteten Entlassung nach dem Muster seiner Amtsvorgänger bedeuten würde.

Um in der neuen Rolle erfolgreich zu sein, musste Putin eine passende Kandidatur für die Rolle seines Nachfolgers auf dem Präsidentenposten finden. Das musste ein Vertreter der regierenden Mannschaft sein, der für die meisten führenden Interessengruppen akzeptabel oder zumindest für die wenigsten inakzeptabel war. Der Nachfolger musste auch ein kompromissbereiter Politiker sein, der sich strikt an die bei der Machtübergabe getroffenen Vereinbarungen und die übernommenen Verpflichtungen hält. Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Russlands Medwedjew erfüllte alle diese Anforderungen. Dadurch unterschied er sich von dem anderen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Sergej Iwanow, der lange Zeit als Hauptkandidat für die Nachfolge galt. Aufgrund der demonstrierten Arroganz, des Bestrebens, in der Öffentlichkeit betont als »Erster« aufzutreten, hatten viele Vertreter der Machtelite den Verdacht, dass Iwanow, nachdem er das Präsidentenamt übernommen hätte, die informellen Vereinbarungen über die faktische Teilung der Macht und der Befugnisse mit seinem Amtsvorgänger verletzen würde. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich Putin bei der endgültigen Wahl des Nachfolgers von diesen Überlegungen leiten ließ.

Tandemokratie als neue Version des personalen Regimes

Zur Zeit sind die meisten politischen Beobachter in Russland davon überzeugt, dass die Übergabe des Präsidentenpostens von Putin an Medwedjew auf der Grundlage irgendwelcher informellen Vereinbarungen stattgefunden hat, deren Inhalt nur einem begrenzten Personenkreis aus dem engsten Umfeld beider Führer bekannt ist. Momentan glauben die russischen Analytiker, dass Putin nach diesen Vereinbarungen die Kontrolle über die meisten Ministerien und politischen Ressorts behalten hat, einschließlich des Militärs, das eine wichtige Machtstütze im modernen Russland darstellt. Das Letztere widerspricht im Übrigen der geltenden Verfassung, nach der das Militär sowie das Innenministerium dem Präsidenten des Landes unterstellt sind. Solche Umverteilung der Macht zugunsten des Premiers, die ohne Verfassungsänderungen oder Änderungen des Verfassungsgesetzes über die Regierung Russlands stattfand, war nur möglich, weil Medwedjew nach Putins Willen und mit seiner Unterstützung zum Staatsoberhaupt wurde. Nach der Meinung russischer Soziologen war das hohe Ergebnis (mehr als 79 Prozent aller Stimmen), das Medwedjew bei den Präsidentschaftswahlen im März erzielte, maßgeblich als »Spiegelung des Rating« Putins erreicht.

Der zweite Faktor, der zur Verfestigung der Machtverschiebung innerhalb des Tandems zugunsten des Premiers beitrug, war die Tatsache, dass der neue Präsident keine eigene starke und zahlreiche politische Mannschaft hatte. Deshalb ist es durchaus logisch, dass nur eine Person aus Medwedjews Umfeld in die neue Regierung eingezogen ist. Das ist der Justizminister Alexander Konowalow, der früher den Posten des Bevollmächtigten Vertreters des Präsidenten der Russischen Föderation im Föderationskreis Wolga innehatte. Unter den anderen hohen Beamten, die Medwedjew nahe stehen und die er aus dem Studium kennt, werden der Vorsitzende des Obersten Schiedsgerichts Anton Iwanow und der Leiter des Föderaldienstes für Gerichtsvollzieher Nikolaj Winnitschenko genannt. Diese Posten sind übrigens nicht die einflussreichsten in der russischen Staatshierarchie. Dem Umfeld Medwedjews schlossen sich auch neue Personen an, die, wie man glaubt, erst vor kurzer Zeit auf ihn als Führer des Landes gesetzt hatten. Das sind die Pressesekretärin des Präsidenten Natalija Timakowa und der Gehilfe des Staatsoberhauptes in Wirtschaftsfragen Arkadij Dworkowitsch. Im Großen und Ganzen stützt sich die Machtspitze jedoch auf eine einheitliche und »durchgängige« Mannschaft, deren Grund-

stock immer noch Personen bilden, die dem Premier nahe stehen und ihm ihren heutigen Status zu verdanken haben.

Es kann paradox erscheinen, aber der Wechsel vom präsidentialen Monozentrismus zur Tandemokratie veränderte nicht den Charakter des politischen Regimes in Russland. Wie auch früher, basiert er nicht auf starken Institutionen und Rechtsbestimmungen, sondern auf der Macht der Führer, deren Beziehungen zueinander auf der Grundlage persönlicher Vereinbarungen geregelt sind. In diesem Sinne kann man behaupten, dass die Tandemokratie als Form eines personalen Regimes bei keinen anderen politischen Führern des Landes, wenn sie die entsprechenden Posten des Präsidenten bzw. des Premiers übernehmen, funktionieren würde. Dieses Modell ist speziell für Medwedjew und Putin auf der Grundlage und unter Berücksichtigung enger persönlicher und sogar, wie einige Beobachter meinen, freundschaftlicher Beziehungen zwischen ihnen, die sich noch in der Zeit der gemeinsamen Arbeit in der Stadtverwaltung St. Petersburgs entwickelt hatten, geschaffen worden.

Wichtig zu vermerken ist, dass die Vorstellungen, nach denen die Macht im Land reell dem Tandem zweier Politiker gehört, von der knappen Hälfte der Bevölkerung geteilt werden. Nach Ergebnissen einer Meinungsumfrage, die im September vom Lewada-Zentrum durchgeführt wurde, waren 48 Prozent der Befragten dieser Meinung. 28 Prozent meinen, dass Putin die Macht in der Hand hält. Und nur 16 Prozent glauben, dass es Medwedjew ist. Nicht nur Vertreter der politischen Klasse, sondern auch knapp ein Drittel russischer Bürger glauben, dass die Macht, wichtige Entscheidungen zu treffen, im Tandem bei Putin liegt.

Kooperation oder Konkurrenz?

Das ist die wichtigste Frage, die russische und ausländische Experten zu beantworten suchen. Abhängig davon, wie sie sich die Zusammenarbeit beider Führer des Landes vorstellen, wird auch das weitere Schicksal der Tandemokratie beurteilt. Die meisten Beobachter glauben, dass diese Machtkonfiguration nicht von Dauer ist. Die Konkurrenz zwischen ihnen ist aufgrund objektiver Umstände, gegen die beide Führer des Landes machtlos sind, nicht zu vermeiden. Diese Auffassung beruht auf zwei Argumenten. Erstens, widerspricht die Tandemokratie der jahrhundertlangen russischen politischen Tradition des Monozentrismus der Macht. In den politischen Systemen, in denen die Macht nicht auf den Institutionen, son-

dern persönlichen Beziehungen basiert, ist es wichtig zu wissen, wo und wie die Entscheidungen getroffen werden. Deswegen fällt es den russischen Staatsdienern, die daran gewöhnt sind, »am Himmel nur eine Sonne« zu sehen, schwer, sich unter den Bedingungen dieser spezifischen Machtverhältnisse, die durch die Tandemokratie entstanden sind, ein richtiges Verhaltensmodell zu entwickeln. Zweitens, ist die Rolle der monozentristischen Macht des Präsidenten außerordentlich wichtig, weil das Staatsoberhaupt die Aufgabe des Oberschiedsrichters bei der Regulierung von Streitigkeiten und Konflikten innerhalb der Elite übernimmt. Wenn es bei einem schwachen Gerichtssystem zwei gleichermaßen einflussreiche Machtzentren gibt, werden solche Konflikte mit der Zeit trotz der guten persönlichen Beziehungen zwischen dem Präsidenten und Premier unausweichlich zur Machtdestabilisierung führen. Die Anhänger dieses Standpunktes glauben, dass die Tandemokratie sich entweder allmählich zu einer parlamentarischen Republik entwickeln wird, in der nach der Verfassungsänderung der Premier der offizielle politische Führer des Landes wird, oder dass das Regierungssystem zum gewohnten präsidentialen Monozentrismus zurückkehren wird. Das zweite Szenario kann realisiert werden, wenn Putin unter Nutzung seiner gegenwärtigen Führungsposition im Tandem bei den nächsten Wahlen zum Staatsoberhaupt (die vorgezogen werden könnten) auf den Präsidentenposten zurückkehrt, aber auch wenn Medwedjew, gestützt auf die Verfassungsrechte und -befugnisse, die reale Macht allmählich in seinen Händen konzentriert.

Einige wenige Analytiker glauben, dass das grundlegende Prinzip der Tandemokratie die Zusammenarbeit beider politischen Führer ist. Danach würde dieses System erst dann geändert, wenn Medwedjew und Putin gemeinsam beschließen, dass es seine Aufgaben erfüllt hat. Am ehesten kann das in der Mitte dieser Präsidentschaft passieren, wenn Medwedjew als politischer Führer genügend Erfahrungen gesammelt und allmählich eine eigene politische Mannschaft gebildet hat. Oder er sieht ein, dass es ihm nicht »gelingen« ist, das Land zu regieren und kandidiert nicht für eine zweite Amtszeit.

Was die Kooperation in der Praxis betrifft, handeln die beiden Politiker in den Schlüsselfragen der Innen- und Außenpolitik gewöhnlich übereinstimmend. Das bedeutet jedoch nicht, dass Medwedjew keinen eigenen Standpunkt vertritt und nicht bestrebt ist, aus dem Schatten seines mächtigen Vorgängers hervorzutreten. Es ist bekannt, dass ein Teil politischer und wirt-

schaftlicher Eliten des Landes, die gemäßigte Auffassungen vertreten, mit Medwedjews Einzug im Kreml gewisse Hoffnungen auf Liberalisierung (ein »Tauwetter« in Analogie mit der Regierungszeit Nikita Chruschtschows) verbanden, vor allem, was die Stärkung der Rolle des Recht- und Gerichtssystems im Leben des Landes betrifft. Medwedjew begreift aber, dass die positiven Erwartungen, die mit seiner Person verbunden werden, nicht von Dauer sein können. Im Gegensatz zu Putin, der eine Zeitreserve hat, in der die Macht allmählich in den eigenen Händen konzentrieren und seine Mannschaft zusammenstellen kann, hat Medwedjew diese Zeitreserve nicht. Putins Amtsvorgänger Jelzin hatte den Kreml Ende 1999 für immer verlassen. Doch der Medwedjews Vorgänger Putin ist im Zenit seiner Popularität und seines Einflusses an der Macht geblieben, und falls sich der heutige Präsident nicht als selbstständige Führungsperson bewährt, kann Putin durchaus zurückkehren. Zudem sind die Möglichkeiten Medwedjews, ein eigenständiger Führer des Landes zu werden, durch informelle Übereinkünfte über die Machtteilung, die schmale »Kaderbasis« und Begrenztheit anderer Ressourcen eingeschränkt.

In dieser schwierigen Situation, in der Medwedjew einerseits versuchen muss, eigenständig zu werden, andererseits jedoch keine Ressourcen zur Verfügung hat, wählte Medwedjew eine flexible Taktik, die effektiv sein könnte. Wobei er jegliche öffentlichen Unstimmigkeiten mit dem Premier vermied, begann er, eine eigene Agenda aufzustellen und entsprechende »bürokratische Plattformen« zu schaffen, um diese in den politischen und wirtschaftlichen Kreisen voranzubringen. Dabei formulierte Medwedjew diese Agenda derart, dass die sozial aktiven Bevölkerungsteile sie als feste Absicht des Präsidenten verstanden haben, Reformen in Richtung Demokratisierung durchzuführen. Es handelte sich vor allem um zwei wichtige Aufgaben, die der Präsident formulierte. Die erste bestand darin, ein unabhängiges Gerichtssystem wiederaufzubauen und die Gesellschaftsprozesse in Russland in rechtliche Bahnen zu lenken. Obwohl Medwedjew niemals den Begriff »Rechtsstaat« benutzte, zweifelte keiner, dass er den Weg des Landes zu diesem Ziel meinte. Die zweite Aufgabe betraf die Lösung eines der akutesten Probleme des heutigen Russlands – die Korruptionsbekämpfung. Nach Medwedjews Anweisung wurde ein spezielles Programm ausgearbeitet. Auf dessen Grundlage wurde ein Gesetzespaket entworfen, das in die Staatsduma eingebracht wurde und zur Zeit zur Abstimmung vorbereitet wird. Das charakteristi-

sche Merkmal dieses Programms besteht darin, dass als Hauptursache für die Verbreitung der Korruption und ihre Ausmaße in Russland das Zusammenwachsen des Staatsapparats und der Geschäftswelt sowie eine massenhafte Verleitung der Staatsdienerschaft zu unternehmerischen Tätigkeiten gesehen wird. Deswegen beziehen sich Medwedjews Schlüsselvorschläge auf die Trennung der Macht vom Geschäft. Die Beobachter sind sich darüber einig, dass es einen kräftigen Impuls zur Veränderung des politischen und sozialökonomischen Systems, das in Russland existiert und von vielen den bürokratischen Autoritarismus genannt wird, in Richtung eines offeneren, auf den Wettbewerbsprinzipien basierenden Modells geben wird, wenn diese Agenda, die vom Präsidenten vorgeschlagen wurde, zumindest teilweise realisiert wird.

Gleichzeitig erlaubte sich Medwedjew einige Male, wenn auch in zurückhaltender Form, sein Nichteinverständnis mit Putins Tätigkeit öffentlich zu äußern. Als die scharfe Kritik Putins an der Arbeit des metallurgischen Unternehmens »Metschel« Ende Juni Panik in den Unternehmerkreisen auslöste und zu einer starken Senkung seines Börsenwertes führte, gab Medwedjew zu verstehen, dass er mit dem Standpunkt Putins nicht einverstanden ist, indem er den Staatsapparat aufforderte, »den Geschäftsleute keine Albträume zu bereiten«. Als die Weltfinanzkrise Ende September Russland erreichte, äußerte Medwedjew seine Unzufriedenheit darüber, wie die Regierung die Finanzkrise bekämpft. Dabei hob er die Ineffizienz der »manuellen Steuerung« des Landes hervor, wenn alle Entscheidungen vom Zentrum getroffen werden und ihre Realisierung nicht über Institutionen, sondern Vertrauensleute läuft. Es ist kein Geheimnis, dass sich das System der »manuellen Steuerung« in den Jahren der Präsidentschaft Putins entwickelt hat.

Doch alle Bemühungen Medwedjews, eine größere Selbstständigkeit zu erlangen, – sowohl seine politisch-rechtlichen Initiativen oder die von denen des Premiers abweichenden Ansichten in den Schlüsselfragen der Innenpolitik – sind immer noch ergebnislos. Es gibt keine ernst zu nehmende Stärkung der Selbstständigkeit von Gerichten. Es steht ernsthaft zu befürchten, dass Medwedjews Vorschläge zur Korruptionsbekämpfung unter dem Druck einflussreicher Interessengruppen, die an der Erhaltung des bestehenden Systems interessiert sind, in deutlich geschwächt werden. Der Druck auf die Geschäftsleute seitens der Verwaltung des Staatsapparats lässt nicht nach, das Land wird nach wie vor »manuell«, durch die ineffiziente und korruptierte Machtvertikale regiert.

Dabei ist Medwedjew gelungen, seine Popularität und Autorität sowohl in der Gesellschaft als auch in den Eliten während des militärischen Konflikts mit Georgien im August und im Prozess seiner friedlichen Beilegung zu erhöhen. Es war Medwedjew, der im Nationalfernsehen die wichtigsten Erklärungen zum Beginn des militärischen Einsatzes gegen Georgien am 8. August und zur Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens am 28. August abgegeben hat. Es war Medwedjew, der Russland bei den schwierigen Verhandlungen über eine friedliche Beilegung des Konfliktes mit Georgien mit dem französischen Präsidenten Nikolas Sarkozy, der die Leitung der Vermittlungsmission der Europäischen Union übernahm, vertreten hat. Nichtsdestoweniger wurde unter den russischen Beobachtern die Meinung verbreitet, dass auch in diesem Zeitraum die Schlüsselentscheidungen im russisch-georgischen Konflikt vom Premier Putin oder unter seinem starken Einfluss getroffen wurden. Viele Analytiker haben sogar daraus geschlossen, dass die Verwandlung Medwedjews in einen »militärischen Präsidenten«, seine Scheu, sich von der harten Vorgehensweise Putins in der russischen Außenpolitik zu distanzieren oder zumindest Differenzen aufzuzeigen, dem Staatsoberhaupt den Weg zur Verwirklichung der Liberalisierungspolitik faktisch versperrt haben. In einem seiner Interviews nach dem Konflikt kritisierte Medwedjew diesen Standpunkt indirekt und bestätigte seine Absicht, die Agenda, die er bald nach seinem Amtsantritt aufgestellt hatte, weiter zu verfolgen.

Anstelle eines Schlusswortes

Es ist möglich, dass die informellen Vereinbarungen über die Aufteilung der Befugnisse tatsächlich bis zum Zeitpunkt halten werden, an dem Putin merkt, dass der neue Präsident politisch stärker geworden ist, eine eigene Mannschaft gebildet hat, mit der er den Kurs seines Amtsvorgängers verfolgen wird. Und dann geht Putin mit dem Gefühl, seine Pflicht erfüllt, die Leitung des Landes in zuverlässige Hände gelegt zu

haben. Oder wenn die Frist für die Vereinbarungen abläuft, beschließt der Premier, dass das Machtsystem ohne seine Beteiligung an der Politik als des einzigen offiziellen Führers des Landes nicht effizient funktionieren kann. Die aktuelle Finanzkrise, die nach zahlreichen Prognosen sehr schmerzhaft für die Wirtschaft und soziale Lage in Russland sein kann, könnte bestimmte Korrektive in das Kooperations- und teilweise Konkurrenzverhältnis zwischen dem Präsidenten und Premier einbringen. Davon, wie sich die Beziehungen zwischen der Gesellschaft und der Machteliten während der Krise entwickeln, wer von der Öffentlichkeit und von den Eliten für das Geschehene verantwortlich gemacht wird, hängen die Beziehungen innerhalb des Tandems ab. In der zweiten Oktoberdekade nahm der Präsident eine günstigere Position in der Öffentlichkeit als der Premier ein. Indem er die in der Verfassung festgehaltenen Möglichkeiten, sich nicht an der operativen Wirtschaftsverwaltung zu beteiligen, nutzte, konzentrierte sich Medwedjew auf die Probleme der globalen Politik, auf eine friedliche Konfliktbeilegung auf dem Kaukasus. Den Kampf gegen die Finanzkrise und ihre Folgen überließ er der Regierung. Es ist kein Zufall, dass manche Massenmedien, die traditionell Putin unterstützten, ihm sogar rieten zurückzutreten, um seinen politischen Einfluss und seine Popularität zu erhalten und damit die negativen Proteststimmungen, die unvermeidlich im Zusammenhang mit der Krise im Land entstehen werden, keine fatalen Auswirkungen auf seine Autorität haben. Dabei werden die Perspektiven des Macht tandems unter den Krisenbedingungen noch ungewisser und von noch mehr Faktoren, u. a. Konjunkturfaktoren, abhängig. Möglich ist eine Verstärkung sowohl der Kooperation, wenn beide Führer beschließen, dass die neue Situation für sie beide gefährlich ist, als auch der Konkurrenz, wenn sich die Unzufriedenheit über die entstandenen Schwierigkeiten nur auf einen von ihnen fokussiert.

Übersetzung aus dem Russischen: Olga Dudkowskaja

Über den Autor

Dr. Andrej Rjabow ist Stellvertretender Direktor des *Center for Political Science Programs* der Gorbatschew-Stiftung und *Scholar-in-Residence* am Moskauer Carnegie-Zentrum.